Surmann, Jan: *Shoah-Erinnerung und Restitution. Die US-Geschichtspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012. ISBN: 978-3-515-10157-8; 301 S.

Rezensiert von: Constantin Goschler, Historisches Institut, Ruhr-Universität Bochum

Als in den 1990er-Jahren Restitutionsforderungen für Holocaust-Überlebende zeitweise ein zentrales Thema der internationalen Beziehungen wurden, mochte man sich fragen, ob dies den Aufbruch zu einer neuen internationalen Moralität¹ oder doch eher nur eine Art von posthistorischer Fin-de-Millennium-Aufwallung² sei. Mittlerweile ist der zeitliche Abstand groß genug geworden, um die Besonderheit dieser historischen Konstellation angemessen einordnen zu können. Jan Surmann hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet, indem er sich auf die Rolle der US-Geschichtspolitik für die Entstehung einer zweiten Welle der Entschädigung und Restitution jüdischen Eigentums in den 1990er-Jahren konzentriert, welche die Ergebnisse der ersten Welle nach 1945 vielfach in Frage stellte. Im Zentrum seiner Untersuchung steht die Suche des Westens nach einer neuen gemeinschaftsstiftenden Idee nach dem Ende des Kalten Krieges, deren Epizentrum er in der Regierung Clinton ausmacht. Der von ihr in den 1990er-Jahren ausgerufene „*Crusade for Justice*“ stützte eine neue gleichermaßen menschenrechtsorientierte und interventionistische Politik.

Surmann hat für seine Untersuchung die diplomatische Aktenüberlieferung der USA gründlich ausgewertet und strukturiert seine Darstellung entlang der Veränderungen der Schwerpunkte der Restitutionspolitik der Regierung Clinton in den 1990er-Jahren. Er betrachtet dazu zunächst die Restitutionspolitik nach 1945, die im Zeichen des Kalten Krieges in erster Linie an den Erfordernissen der westlichen Bündnisbildung ausgerichtet worden sei. Indem er hier die Entstehung jenes „*unfinished business*“ sieht, das nach 1990 die Auseinandersetzung der Regierung Clinton mit dem Holocaust prägte, macht sich Surmann allerdings zunächst ein Stück weit jene vor allem von Stuart E. Eizenstat – dem Sonderbeauftragten der US-Regierung für die

se Fragen – geprägte teleologische wie finale Perspektive zu eigen, welche er dann aber in seinen späteren Ausführungen überzeugend dekonstruiert. Damit entkommt er schließlich auch dem von Eizenstat selbst geprägten mächtigen Narrativ, das diesen in der Rolle des Westernhelden darstellt, der die Sache der historischen Gerechtigkeit sozusagen im Alleingang gegen eine widerstrebende Welt von Ignoranten und Feinden durchgesetzt habe.³

Zunächst waren es nach 1990 jüdische Organisationen in den USA, die den Stein ins Rollen brachten, indem sie die Frage des jüdischen Eigentums hinter dem vormaligen Eisernen Vorhang thematisierten. Mit der *World Jewish Restitution Organization* trat ein neuer Akteur auf den Plan, der oftmals in Konkurrenz zu den kleinen lokalen jüdischen Gemeinden Restitutionsansprüche für jüdische Holocaust-Überlebende in Osteuropa vertrat. Die US-Regierung unterstützte solche Forderungen, da dies im Einklang mit ihrer Vorstellung einer zivilgesellschaftlichen und privatkapitalistischen Transformation der Länder im ehemaligen sowjetischen Machtbereich stand: Restitution, so Surmann, „wurde zu einem Synonym (...) für die Respektierung von Privateigentum, Marktwirtschaft und der Einhaltung der Menschenrechte.“ (S. 77) Hier begann 1995 auch die Tätigkeit von Stuart E. Eizenstat auf diesem Gebiet, der die Restitutionspolitik der US-Regierung in den folgenden Jahren maßgeblich prägte.

Die Annahme, dass es sich hier lediglich um eine nachholende Restitution im Osten handeln würde, erwies sich jedoch spätestens als falsch, als Mitte des Jahrzehnts die Schweiz zum Brennpunkt einer neuen Auseinandersetzung um ungelöste Restitutionsfragen wurde. Der Jüdische Weltkongress attackierte dortige Banken wegen ihrer uneinsichtigen Haltung bezüglich erbenloser Konten von Holocaust-Überlebenden, und dies wuchs sich alsbald zu einer umfassenden De-

¹ Elazar Barkan, *Völker klagen an. Eine neue internationale Moral*, Düsseldorf 2002.

² John Torpey, *Politics and the Past. On Repairing Historical Injustices*, Lanham, MD, 2003.

³ Stuart E. Eizenstat, *Imperfect Justice. Looted Assets, Slave Labor, and the Unfinished Business of World War II*, New York 2003 (dt.: *Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung*, München 2003).

batte um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg aus. Surmann zeigt, wie die US-Diplomatie vergeblich versuchte, die Initiative zu übernehmen, während zugleich die USA immer mehr zum bestimmenden Zentrum der Angelegenheiten wurden. Allerdings wurde die Dynamik der Entwicklung in dieser Phase der Auseinandersetzung vor allem von verschiedenen Bundesstaaten der USA sowie von Anwälten bestimmt, die finanzpolitische Instrumente ebenso wie die Waffe der Sammelklagen wirkungsvoll einzusetzen wussten.

Mit dem Übergreifen auf Westeuropa, so Surmann, wandelte sich jedoch der US-Ansatz zugleich „von einer reinen Restitutions- zu einer umfassenderen Geschichtspolitik“ (S. 81). Zum Motor dieser Entwicklung wurde vor allem die moralisch und mythisch hochaufgeladene Frage des sogenannten Opfergoldes, durch die nicht nur die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem Deutschen Reich und den neutralen Staaten während des Krieges, sondern auch das Verhalten der West-Alliierten nach Kriegsende skandalisiert wurden. Dazu trugen offizielle Berichte der US-Regierung unter Federführung Eizenstats maßgeblich bei. Auf diese Weise erfasste die Entgrenzung der Restitutionsdebatte schließlich auch die USA selbst, wo es zu einer Auseinandersetzung um den Verbleib des Eigentums von Holocaust-Opfern nach 1945 kam. Dies ist alles überzeugend dargelegt, doch kann man vermissen, dass sich Surmann wenig mit den kritischen Stimmen beschäftigt, die in der Fokussierung auf jüdischen materiellen Reichtum in dieser Phase der Restitutionsdebatte nicht nur die Wiederkehr einer verdrängten Geschichte, sondern auch eine Verzerrung der Geschichte des Holocaust erblicken: Unter dem Vorzeichen der juristisch geprägten Eigentumsdebatte ging es nun vor allem um das Phantasma jüdischen Reichtums und weniger um den komplexen Vorgang der Vernichtung jüdischer Menschen und Gemeinden.⁴

Die sich unter US-amerikanischer Führung immer stärker internationalisierende Restitutionsbewegung drängte schließlich aber auf den Abschluss der Restitutionsfrage zugunsten einer universalisierten Holocaust-

Erinnerung: Nicht was eine Nation vor 1945 getan hatte, sondern wie sie damit nach 1945 umgegangen war, wurde nun zum politisch-moralischen Maßstab, mit der Nebenfolge, dass Deutschland aus der Rolle des Oberschurken in die des Musterschülers wechselte. Während diese erinnerungspolitische Wende einerseits die nach 1945 entwickelten Nachkriegsmythen der westlichen Staaten herausforderte, wurde auf diese Weise zugleich ein neuer westlicher Gründungsmythos geschaffen. Als Schnittstelle im Übergang von einer restitutionspolitischen zu einer erinnerungspolitischen Agenda bewertet Surmann die Washingtoner Konferenz über Holocaust-Vermögenswerte 1998, an der Regierungsvertreter und Nichtregierungsorganisationen aus 44 Ländern teilnahmen. Dieser Schwenk kulminierte in der Stockholmer Holocaust-Konferenz 2000, auf der die zahlreich erschienenen westlichen oder westlich-werden-wollenden osteuropäischen Regierungsvertreter auf die erinnerungspolitische Linie der US-Regierung eingeschwo-ren wurden. Das bipolare Weltbild des Ost-West-Konflikts wurde hier durch den Gegensatz von nationalsozialistischem Holocaust und westlicher Menschenrechtspolitik ersetzt. Stockholm bezeichnet damit für Surmann die Gründung des politischen „Mythos einer neuen Weltinnenpolitik“ (S. 244), wobei der Holocaust anders als in der jüdischen Erinnerung zu einem negativen Referenzpunkt der westlichen Wertegemeinschaft geworden sei, die künftig gegen „Schurkenstaaten“ und „Genozide“ intervenieren müsse, wofür der Kosovo den Präzedenzfall lieferte.

Surmann blendet allerdings in seiner Untersuchung die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung gänzlich aus, obwohl diese in den 1990er-Jahren eine zentrale Rolle in der Entschädigungsdebatte spielte und die US-Regierung hier ein wichtiger Akteur war. Da hierzu mittlerweile eine ausdifferenzierte Forschung existiert⁵, hätte er

⁴ Siehe vor allem Ronald W. Zweig, *The gold train. the destruction of the Jews and the Second World War's most terrible robbery*, London 2002; Michael M. Marcus, *Some Measure of Justice. The Holocaust Era Restitution Campaign of the 1990s*, Wisconsin-Madison 2009.

⁵ Siehe hierzu anstelle einer umfangreichen Bibliographie zuletzt Constantin Goschler (Hrsg.), *Die Entschä-*

dies auch nicht neu erarbeiten müssen. Es wäre aber dennoch wichtig gewesen, diesen Aspekt in seine Erklärung einzubinden, vor allem, um seine ganz auf die Bedeutung der Holocaust-Erinnerung fokussierte Analyse zu überprüfen. Zu fragen wäre also, welche Rolle das Spannungsverhältnis zwischen der Holocaust-Restitution einerseits und den überwiegend osteuropäischen und nicht-jüdischen Entschädigungsforderungen der Zwangsarbeiter für die US-amerikanischen Geschichtspolitik spielte und welche Konsequenzen dies für die hier vorgelegte Interpretation besaß. Vermutlich würde sich daraus ein komplexeres Bild ergeben, da die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges gerade durch die in Osteuropa bestehende Konkurrenz zwischen einer Holocaust-orientierten jüdischen Erinnerung und einer nicht-jüdischen Erinnerungslandschaft geprägt wurde.

Surmanns Studie endet an dem Punkt, an dem Bill Clintons „*Crusade for Justice*“ in George W. Bushs „*War on Terror*“ überging und zugleich die Restitutionsdebatte weitgehend verebbte. Es wäre ein lohnender Gegenstand für eine künftige Studie, sich nach dem inneren Zusammenhang dieser außenpolitischen Ansätze zu fragen, die zumindest auf den ersten Blick so gegensätzlich wirken. Nimmt man die Ergebnisse Jan Surmanns ernst, so fragt sich freilich, ob die Kritik an der Restitutionspolitik der Nachkriegszeit, welche in den 1990er-Jahren die Basis des „*Crusade for Justice*“ bildete, in dieser Weise gerechtfertigt war: Im Grunde genommen läuft die Argumentation dieses Buches darauf hinaus, dass beide Wellen der Restitutionspolitik zumindest soweit es die in diesem Bereich immer wieder maßgebliche US-Außenpolitik betraf, von Bedürfnissen der westlichen Bündnisbildung bestimmt waren: Ging es nach 1945 um die Westintegration Deutschlands, war nach 1990 die Suche nach einer neuen Grundlage des westlichen Selbstverständnisses jenseits der Ost-West-Konfrontation ausschlaggebend. Angesichts der Existenz anderer Akteure und Handlungsfelder jenseits der US-Geschichtspolitik ist dies gewiss nicht die komplette Wahrheit, ohne dass das die Bedeutung der Untersuchung schmälern würde. Surmanns Studie liefert nicht nur einen

wichtigen Baustein zum besseren Verständnis der US-Außenpolitik in der ersten Dekade nach dem Ende des Kalten Krieges. Vielmehr trägt sie trotz einer gewissen Verengung auf die Frage der Shoah-Erinnerung erheblich dazu bei, den kurzen Sommer der Restitution im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts besser zu verstehen.

HistLit 2013-3-106 / Constantin Goschler über Surmann, Jan: *Shoah-Erinnerung und Restitution. Die US-Geschichtspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 2012, in: H-Soz-u-Kult 27.08.2013.

digung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und ihre Partnerorganisationen, 4 Bde., Göttingen 2012.